

Stromeffizienz ist noch kein Thema!

Autor(en): **Marti, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2002)**

Heft 2: **Schlüssel zum Atomausstieg : Stromeffizienz**

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586583>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Stromeffizienz ist noch kein Thema!

Stromsparende Geräte gibt es in grosser Zahl. Trotzdem kaufen die KonsumentInnen mehrheitlich stromfressende Geräte und der Stromverbrauch der Schweiz wächst rasant an. An der SES-Tagung «Energie-Etikette: In Zukunft Stromeffizienz» diskutierten Fachleute über Chancen und Anwendungsprobleme der Energie-Etikette, aber auch über die Grenzen der Freiwilligkeit und über zusätzliche Vorschriften.



Von Kurt Marti,
E&U-Redaktor

Rudolf Bolliger, der Geschäftsführer des Fachverbandes Elektroapparate (FEA), war an der SES-Tagung voll des Lobes über die Stromeffizienz in der Schweiz: «Bereits im Jahre 1980 war der Energieverbrauch ein Thema in der Branche. Und im Zeitraum von 1970 bis ins Jahr 2000 konnte der Energieverbrauch gerätespezifisch um rund 65 % gesenkt werden.» Ein etwas anderes Bild zeichnete **Walter Steinmann**, Direktor des Bundesamtes für Energie (BFE): «Ziel von EnergieSchweiz ist es, die Stromverbrauchszunahme zwischen 2000 und 2010 auf 5 % zu beschränken. Allerdings hat der Stromverbrauch in den Jahren 2000 und 2001 bereits um 4,9 % zugenommen.» Damit ist das Grundproblem der Stromeffizienz schon angesprochen: Die Geräteproduzenten bieten eine grosse Zahl von stromsparenden Elektrogeräten an, aber einerseits werden diese zu wenig verkauft und andererseits werden die Effizienzgewinne dadurch weggefressen, dass immer mehr Geräte in den Haushalten und Betrieben stehen.

Einsparpotenzial von zwei Atomkraftwerken

SES-Vizepräsident **Stefan Gasser**, der gleichzeitig im Vorstand der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E.) ist, umriss das riesige Einsparpotenzial bei den Elektrogeräten: 54 % des Stromverbrauchs der Schweiz fällt auf die serienmässig hergestellten, elektrischen Geräte in Haushalten, Büros, im Gewerbe, in der Industrie und

in Verkehrsanlagen. Diese Geräte haben einen Stromverbrauch von jährlich 28 TWh (Totaler CH-Verbrauch 52 TWh) und kosten die Endverbraucher 5 Milliarden Franken. Falls die Stromeffizienz in den nächsten zehn Jahren konsequent umgesetzt wird, kann laut Gasser «der Energieverbrauch der Elektrogeräte um 25 % gesenkt werden; das sind immerhin 12 % des Schweizerischen Elektrizitätsverbrauchs.» Dies entspricht ungefähr der Stromproduktion der beiden Atomkraftwerke Beznau I und II!

Prinzip Freiwilligkeit: Magere Bilanz der 90er Jahre

In der ersten Hälfte der 90er Jahre hat der Bundesrat mit den HerstellerInnen und HändlerInnen von Elektrogeräten Zielwerte für den Stromverbrauch vereinbart. 95 % der Geräte sollten den

vereinbarten Stromverbrauch nach einer gesetzten Frist nicht überschreiten. 1997 wurde ebenfalls vereinbart, dass die Gerätehändler die EU-Energie-Etikette freiwillig anbringen. Im Gegenzug verzichtete der Bundesrat auf Zulassungsbeschränkungen. «Die Bilanz im Jahr 2000 fiel schrecklich mager aus: In keiner einzigen Geräte-kategorie wurde das Ziel von 95 % erreicht,» kritisierte **Jacqueline Bachmann**, die Geschäftsführerin der Schweizerischen Stiftung für Konsumentenschutz (SKS), diese Politik der Freiwilligkeit des Bundesrates. BFE-Direktor **Steinmann** untermauerte Bachmanns Aussagen mit konkreten Zahlen des BFE.

Bund setzt weiterhin auf Kooperation

Auf die erste, wenig erfolgreiche Phase der Freiwilligkeit, folgt nun die zweite Phase, und zwar mit der Einführung der Energie-Etikette auf den 1. Januar 2002 (siehe Kasten). **Steinmann** betonte, dass aufgrund des Kooperationsprinzips im Energiegesetz weiterhin freiwillige Massnahmen oberste Priorität haben. **Bachmann** entgegnete, aufgrund der Freiwilligkeit sei das Nachfolgepro-



Jacqueline Bachmann: Schrecklich magere Bilanz

Bilder: Christine Zenz

gramm des Bundes ebenso «schwach auf der Brust» wie jenes in den 90er Jahren. Falls es mit der Freiwilligkeit erneut nicht klappe, forderte sie ein «rasches Durchgreifen». Gemeint wären damit Zulassungsbeschränkungen für stromfressende Geräte. Ein solches Verbot ist aufgrund des Energiegesetzes schon heute möglich, nachdem die Phase der Freiwilligkeit die gesteckten Ziele nicht erreichte.

Einen Schritt weiter sind die EU-Staaten. Zum Beispiel in Deutschland wurde die Energie-Etikette per Verordnung im Jahre 1998 eingeführt. Zwei Jahre nach der Einführung des EU-Labels hat das Fraunhofer-Institut in Karlsruhe im Auftrag des Deutschen Wirtschaftsministeriums einen Bericht erstellt. Laut **Edelgard Gruber**, welche am Bericht mitarbeitete, war das Resultat ernüchternd: Die Etikette war auf bloss 36 % der Elektrogeräte korrekt angebracht, auf 20 % unvollständig und auf 44 %



Walter Steinmann: Der Bundesrat ist anderer Meinung...

Der Geschäftsführer der ASIG-Baugenossenschaft rechnet vor:

Stromsparen bringt Mehrwert für VermieterInnen und MieterInnen

Die SchweizerInnen sind ein Volk von MieterInnen. Deshalb kommt es auf die Investitionsentscheide der Vermieter an, ob energieeffiziente Einrichtungen installiert werden oder nicht. Bis heute galt die Devise: Investitionen in Stromsparlampen und Stromspargeräte lohnen sich für den Vermieter nicht, weil sie zu teuer sind. Diesem Vorurteil widersprach Othmar Räsamen an der SES-Tagung. Räsamen ist Geschäftsführer der Baugenossenschaft ASIG, welche in Stadt und Kanton Zürich 2 360 Wohnungen besitzt, in denen 10 000 EinwohnerInnen wohnen. Als Fazit seines Referates hielt er fest: «Ich war selber überrascht vom Ergebnis meiner Berechnung. Erst die SES-Tagung hat den Anstoss dazu gegeben.» Nachfolgend zwei Beispiele aus dem Referat von Räsamen:

1. Beispiel:

Vergleich A- und C-Kühlgerät

Ein A-Kühlgerät kostet 1 070 Franken, ein C-Kühlgerät 910 Franken. Der Mehrpreis des A-Gerätes beträgt 160 Franken. Diese Mehrkosten über-

wälzt Räsamen auf die Mieter. Mit einer Kapitalisierung von 7 % ergibt das einen jährlichen Mietzinsaufschlag um 12 Franken. Diesen Mehrkosten stehen Stromeinsparungen von 29 Franken jährlich gegenüber. Somit lohnt es sich für den Vermieter und den Mieter.

Falls die Wohnung im ewz-Verteilgebiet liegt, wird die Anschaffung des A-Kühlgerätes aus dem Stromsparfonds mit 150 Franken subventioniert. Damit ergibt sich noch ein Mehrpreis von 10 Franken. Die Investition lohnt sich erst recht.

2. Beispiel:

Vergleich Stromsparlampen

Räsamen verglich Anschaffungs- und Betriebskosten einer 13 Watt-Sparlampe und einer 75 Watt-Glühlampe. Die Investitionskosten der Sparlampe betragen 135 Franken, jene der Glühlampe 91 Franken. Die jährlichen Energie- und Lampenkosten betragen bei der Sparlampe 16 Franken, bei der Glühlampe 148 Franken. Das ergibt jährliche Gesamtkosten für die Sparlampe von bloss 41 Franken und für die Glühlampe horrend 159 Franken. Weil das ewz aus

dem Stromsparfonds 50 Franken an die Investitionskosten zahlt, lohnt sich auch hier die Investition erst recht. ASIG-Geschäftsführer Räsamen folgert aus diesen zwei Beispielen: «Also was spricht dagegen, solche Sparlampen und Spargeräte zu installieren? Eigentlich müssten sie schon überall in der Schweiz vorhanden sein.» □



ASIG-Geschäftsführer Othmar Räsamen: «Ich war selber überrascht vom Ergebnis meiner Berechnung.»



Conrad Ammann:
5 Millionen aus ewz-Stromsparfonds

fehlte sie ganz. Generell stellte Gruber fest, dass Energiesparen einfach nicht im Trend liegt: «Im liberalisierten Strommarkt ist Energieeffizienz unwichtiger geworden. Es lohnt sich nicht mehr so richtig. Deshalb sind Kampagnen jeder Art wichtig.»

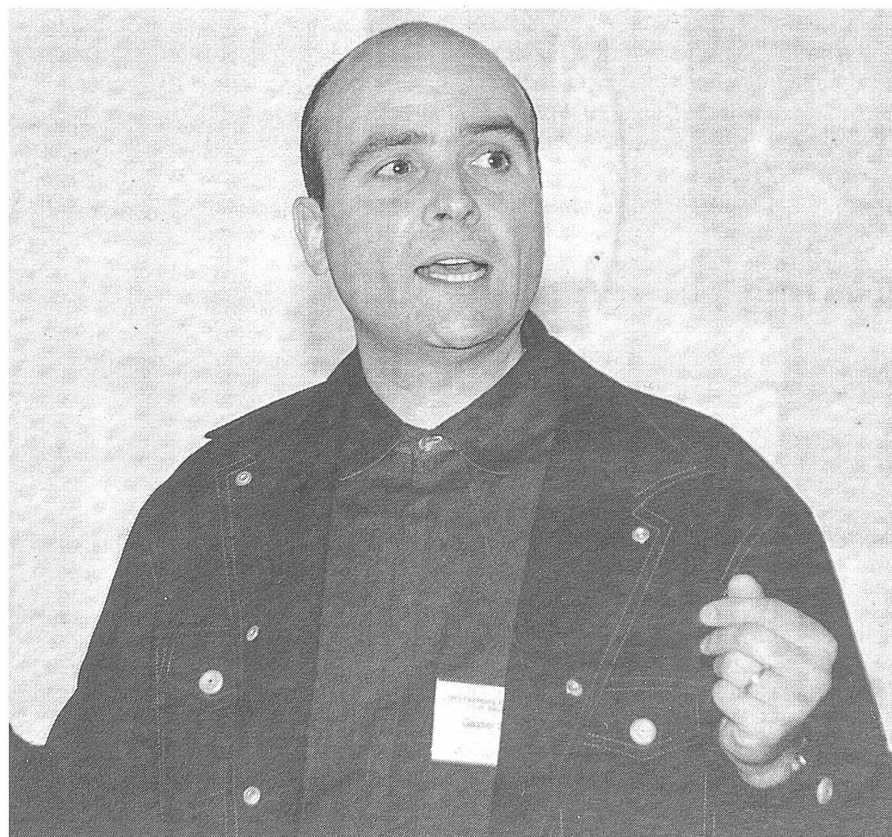
Gute Ansätze sind vorhanden

Ist die Stromeffizienz überhaupt ein Thema? Ja, sagten an der SES-Tagung

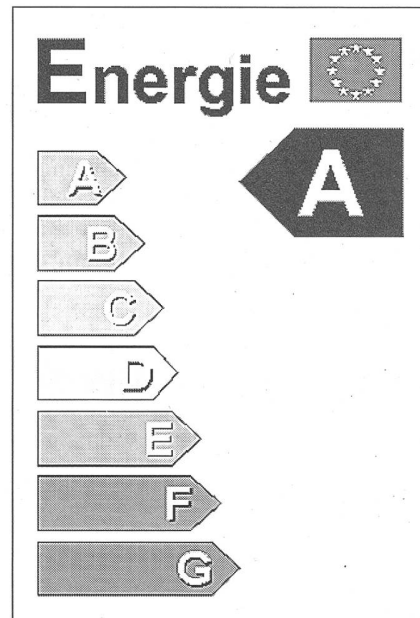


Rudolf Bolliger:
Wettbewerb ist treibende Kraft

die Vertreter der Wirtschaft. **Armin Eberle**, Leiter Ökologie bei der Migros, zeigte auf, dass Stromeffizienz für die Migros nichts Neues ist: «In der 1985 erstmals formulierten M-Umweltpolitik steht beispielsweise, dass bei elektrischen Artikeln auf geringen Stromverbrauch zu achten ist und die Verbrauchswerte zu deklarieren sind.» Der Durchbruch habe allerdings lange auf sich warten lassen. Noch 1999 waren nur 5% der Tiefkühlgeräte im Migrossortiment A-klassig. Doch be-



Stefan Gasser: Zwei Atomkraftwerke einsparen



Energie-Etikette: A = beste Effizienz; G = schlechteste Effizienz; die besten Geräte findet man im Internet unter: www.topten.ch

reits zwei Jahre stieg dieser Anteil auf 20 % an. Weniger gut sieht es im Leuchtersortiment aus: «Da machen die Energiesparversionen der Klassen A und B noch immer nur rund 10 % aus.»

Auch **Conrad Ammann**, der Direktor des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich, setzte seinen Betrieb ins beste Licht und verwies auf die ewz-Aktivitäten im Bereich der Stromeffizienz. «Seit 1989 zahlt das ewz 10 % des Gewinnes in den Stromsparfonds ein, das sind rund 4 bis 5 Millionen Franken jährlich.» Damit werden Stromsparlampen und A-Klasse-Geräte subventioniert. Von dieser Förderung profitiert zum Beispiel auch die Baugenossenschaft ASIG, welche in Stadt und Kanton Zürich rund 2360 Wohnungen besitzt. ASIG-Geschäftsführer **Othmar Räbsamen**, verwies in seinem Referat darauf, dass die Installation von stromsparenden Geräten sowohl für die MieterInnen als die VermieterInnen einen Mehrwert abwirft, und zwar entgegen der verbreiteten Meinung (siehe Kasten vorherige Seite):

Erneuter Appell an die Wirtschaft

Als wesentlicher Akteur gilt der Fachverband Elektroapparate (FEA). FEA-Geschäftsführer **Bolliger** wies die Kritik der KonsumentInnenschützerIn **Bachmann** entschieden zurück, die Bilanz der 90er Jahre sei mager, und hielt fest:

«Die Branche verfügt über einen markanten Leistungsausweis. Ab 1990 beteiligte sich die Branche aktiv an den Bestrebungen des Programmes Energie 2000 und neuerdings kann sie über die energie-agentur-elektrogeräte eae das aktuellste Know-how in die Umsetzung der Energiegesetzgebung einbringen.» BFE-Direktor **Steinmann** spielte den Ball zur Umsetzung der freiwilligen Massnahmen den Akteuren der Wirtschaft zu: «Wir appellieren an die Wirtschaft, dass sie mitzieht.» Dies sei in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen. Beispielsweise habe man zusammen mit der Wirtschaft ein Werbe-Plakat machen wollen, worauf alle A-Klasse-Geräte abgebildet worden wären. Die Wirtschaft habe die Finanzierung verweigert und schlussendlich hätte das Geld nur für ein paar Werbespots im Fernsehen gereicht.

Dass die erfolgreiche Umsetzung der Energie-Etikette nicht leicht sein wird, zeigen zwei Beispiele. Die SKS-Geschäftsleiterin **Bachmann** ging im Februar in ein Fust-Geschäft, um sich eine neue Waschmaschine zu kaufen. Wohl waren die Energieetiketten gross und deutlich an den Geräten angebracht, aber das Verkaufspersonal war darüber noch nicht informiert. Von sich aus brachte der Verkäufer die Stromeffizienz nicht ins Spiel. Deshalb forderte **Bachmann** eine bessere Schulung des Verkaufspersonals. Zweites Beispiel: **Inge Tschernitschegg** hatte die SES-Tagung organisiert. Auf der Suche nach ImmobilienbesitzerInnen, für welche Energieeffizienz kein Fremdwort ist, machte sie eine «erschreckende» Erfahrung: «Die Leute sagten mir, dass für sie der



Edelgard Gruber:
Ernüchternde Bilanz in Deutschland

Energieverbrauch und die Energieeffizienz überhaupt kein Thema sei. Gebaut werde, was billig sei.»

Wann kommt das Ende der Freiwilligkeit?

Die Diskussion unter den TagungsteilnehmerInnen konzentrierte sich auf die Frage, wie die Energie-Etikette auch für jene kommuniziert werden kann, welche sich nicht für die Stromeffizienz interessieren. Dabei wurde vor allem der Vorschlag eingebracht, auf oder neben dem Energie-Etikett sei dem Kunden und der Kundin auch der monetäre Mehrwert schmackhaft zu machen, das heisst: Neben den Anschaffungskosten sind auch die Betriebskosten anzugeben und dann der Kostenvergleich zu machen, welcher immer für die Spar-Geräte aus-

fällt. Trotz vieler guter Ideen war am Schluss eine gewisse Ratlosigkeit auszumachen, ob dem Stromverbrauchswachstum mit dem Prinzip der Freiwilligkeit überhaupt beizukommen ist.

Unerschütterlicher Glaube an Sankt Markt

BFE-Direktor **Steinmann** selbst stellte «Zulassungsvorschriften je nach weiterer Entwicklung des Marktes» in Aussicht. Er wollte sich aber nicht auf eine genaue Frist festlegen. **Bolliger**, der Vertreter der Geräte-Branche, hingegen wollte nichts wissen von Vorschriften und Zulassungsbeschränkungen: «Die treibende Kraft zur Steigerung der Energieeffizienz bleibt der Wettbewerb. Ich würde es bedauern, wenn man das Heil in Zulassungsbeschränkungen sehen würde.» Dem setzte SES-Geschäftsleiter **Armin Braunwalder** in seinem Schlussvotum entgegen, dass «Stromeffizienz leider kein Thema ist und energiepolitisch noch in den Kinderschuhen steckt. Freiwillige Massnahmen sind schön und toll, aber es bewegt sich unter dem Strich zu wenig.» Deshalb forderte **Braunwalder** vom Bundesrat Zulassungsbeschränkungen und einen klaren «Effizienzfahriplan»: Ab dem Jahr 2005 sollen nur noch A- und B-Geräte im Handel erhältlich sein. Mit der Annahme der Atomausstiegs-Initiativen müsste die Politik für Stromeffizienz deutlich verstärkt werden. Den BFE-Direktor **Steinmann** forderte er augenzwinkernd auf, sich doch für die Initiativen einzusetzen. Worauf **Steinmann** sibyllinisch antwortete: «Der Bundesrat ist anderer Meinung...» □



Armin Eberle:
Durchbruch liess lange auf sich warten